

„Noch keine g'machte Wiesn“

Interview. Die 22-Euro-Freigrenze für Online-Bestellungen aus dem Ausland soll ab 2020 fallen, so ein Plan der Bundesregierung. Ob die Besteuerung ab dem ersten Cent für Pakete aus China wirklich so schnell kommt, ist für Logistikexperten Walter Trezek aber fraglich.

retail: Herr Trezek, die jahrelange Forderung der österreichischen Händler scheint erhört: Ab 1. Jänner 2020 sollen Pakete aus China nicht erst ab einem Wert von 22 Euro besteuert werden, sondern schon ab dem ersten Cent. Ist der Kampf gegen die chinesische Paketflut damit gewonnen?

Walter Trezek: G'machte Wiesn ist das noch keine. Bisher handelt es sich lediglich um eine politische Willenskundgabe seitens der Bundesregierung. Die Minister haben sich bei der letzten Klausur in Mauerbach auf diese Maßnahme geeinigt, wie die Regelung aber konkret ausschauen soll, weiß noch keiner. Wenn die gesetzlichen Vorarbeiten jetzt nicht rasch im Frühjahr abgeschlossen werden, bleibt der Termin 2020 ein Wunschtraum.

Die Materie zur Umsatzbesteuerung der Postsendungen aus China erscheint reichlich kompliziert. Was muss der Gesetzgeber dabei alles berücksichtigen?

Es wird Änderungen im Mehrwertsteuerrecht brauchen, ebenfalls im Zollrecht. Und es wird notwendig sein, die Prozesse klar zu definieren, die für die Besteuerung in Kraft gesetzt werden müssen. Da geht es auch um die Frage, ob diese Regelung im begünstigten Verfahren für Waren von einem Wert bis zu 150 Euro für alle Postdienste europaweit gilt oder vorerst nur für Österreich.

Die EU hat ja den Wegfall der 22-Euro-Grenze für das Jahr 2021 gemeinschaftlich beschlossen, Österreich geht schon ein Jahr früher diesen Weg – auf eigene Faust. Warum diese Eile?

Weil es den Staat sehr viel Geld kostet, die Tore für den internationalen Handel

so weit offen zu lassen, wie es gegenwärtig der Fall ist. Wir sprechen hier von einem Schaden durch Mehrwertsteuerbetrug, der pro Jahr um die 100 Millionen Euro ausmacht. Das ist leicht verdientes Geld, das sich der Staat lieber heute als morgen wieder zurückholen sollte.

Auch der Handel erhofft sich mehr Geld, wenn die Paketflut aus China gestoppt wird.

Wir erhoffen uns vor allem ein „level playing field“, also gesetzliche Regelungen, die für alle gleichermaßen gelten. Es geht dabei auch um die Rechte der Konsumenten – auf Umtausch, Rücksendung, Gewährleistung, Garantie. Da gibt es ganz gruselige Geschichten, was da an Waren aus China geschickt wurde, mit bedenklichen Farben und Klebstoffen, oder mit gefährlichen Elektroartikeln. Auch da muss der Gesetzgeber genauer hinschauen.

Aktuell ist also die Bundesregierung am Zug. Was müssen die nächsten Schritte sein?

Wir sind in engem Kontakt mit dem Finanzministerium und unterstützen die Fachbeamten mit unserem Know-how. Bisher (Stand Mitte Jänner 2019) haben die aber noch nicht einmal eine Dienstanweisung in der Causa bekommen, wir alle wissen nur aus den Medien über die Pläne der Politik. Damit das Ministerium tätig werden kann, muss es



zunächst eine Regierungsvorlage geben. Wir nehmen an, dass diese spätestens Anfang zweites Quartal durch den Ministerrat gehen muss, um das Vorhaben halbwegs bis Jahresende durchzubringen. Noch sind wir aber meilenweit von klaren Rahmenbedingungen entfernt. Im Augenblick sehe ich in dem Ganzen nur eine Blase. ■ Josef Puschwitz

Walter Trezek ist Geschäftsführer des Unternehmens „Communications Logistics Specialists“; als Project Leader führt er die



Foto: prisma

Arbeiten der Europäischen Normung zur Erarbeitung technischer Spezifikationen für fortschrittliche digitale Datensysteme für den Zoll und die Transportsicherheit im Online-Handel, im Auftrag der Europäischen Kommission; als Chairman des Consultative Committee des Weltpostvereins ist er in die Gestaltung des weltweiten Postzustellnetzes eingebunden.